

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم

بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 25.04.2018

Von Christian Bunke, London

26.04.2018

Das Imperium entschuldigt sich

Britische Behörden schikanieren seit Jahren Migranten aus den ehemaligen Kolonien.

»Windrush«-Skandal erschüttert das Land



Am 22. Juni 1948 läuft die »Empire Windrush« in Tilbury ein. Ein Kolonialbeamter begrüßt Jamaikaner

Foto: picture alliance / empics

Eigentlich wollte die britische Premierministerin Theresa May den »Commonwealth Gipfel« am 19. und 20. April in London für die Stärkung der Beziehungen zwischen Großbritannien und seinen ehemaligen Kolonien nutzen. Neue Handelsabkommen sollten für die Zeit nach dem »Brexit« vorbereitet werden. Statt dessen musste sie sich vor

laufenden Kameras entschuldigen: Zehntausende bereits seit Jahrzehnten in Großbritannien lebende Einwanderer aus den Exkolonien werden durch britische Behörden rassistisch schikaniert und sind von Abschiebung bedroht. Das ganze wird als »Windrush Skandal« in die Geschichtsbücher eingehen.

Am 22. Juni 1948 brachte das Schiff »MV Empire Windrush« 492 Menschen aus der Karibik nach Großbritannien. Sie sollten Schwerstarbeit in Berufen verrichten, für die sich auf der Insel keine Bewerber mehr fanden. Bis Ende der 1970er Jahre kamen Zehntausende auf die Insel, um für die Müllabfuhr, das Gesundheitswesen, den Transportsektor oder die Industrie zu schuften. Anfangs fragte niemand nach einem Ausweis. Viele Länder Asiens oder in der Karibik hatten ihre Unabhängigkeit noch nicht erkämpft, die Menschen galten somit als britische Staatsbürger. Deshalb haben weder die heute noch lebenden Vertreter der »Windrush Generation«, noch ihre Nachkommen Papiere, um ihren Aufenthaltsstatus nachzuweisen. Die Einreisekarten für Großbritannien wurden 2010 auf Anweisung höchster Stellen im Innenministerium gegen den Widerstand der Beschäftigten der britischen Einwanderungsbehörde vernichtet. Die damals verantwortliche Innenministerin war eine gewisse Theresa May.

Dieselbe Theresa May setzte im Jahr 2013 das sogenannte »Einwanderungsgesetz« durch. Das ausdrückliche Ziel war, das Leben für »Migranten« in Großbritannien »so schwierig wie möglich« zu machen. Diese Haltung wurde damals von wesentlichen Teilen der Oppositionsparteien mitgetragen. Für den Parlamentswahlkampf des Jahres 2015 ließ die Labour-Partei unter der Führung ihres damaligen Vorsitzenden Ed Miliband Tassen mit dem Schriftzug »nur Labour kann die Einwanderung stoppen« produzieren.

Das bis heute gültige Gesetz hat es in sich. Es zwingt private Vermieter zur Überprüfung des Aufenthaltsstatus ihrer potentiellen Mieter. So genannte »temporäre Migranten«, also zum Beispiel Studierende, müssen Gebühren für die Nutzung des staatlichen Gesundheitswesens zahlen. Banken sind verpflichtet, vor der Eröffnung eines neuen Privatkontos zu schauen, ob der potentielle Kunde nicht im Ausländerstrafregister vermerkt ist. In den letzten Wochen wurden die Auswirkungen dieser Politik bekannt. Angehörige der »Windrush Generation« haben keinen Rentenanspruch, können sich wichtige Operationen nicht leisten und sind zudem eben von Abschiebung bedroht. Auch weil die Einreisedokumente vernichtet wurden. »Die Vernichtung dieser Unterlagen war kein Unfall und jemand an der Spitze der Behörde muss dafür die Anweisung gegeben haben«, sagte der Labour-Abgeordnete im Unterhaus, David Lammy, am 16. April.

Am 17. April veröffentlichte die Tageszeitung *the Guardian* die Enthüllungen eines ehemaligen Angestellten der Einwanderungsbehörde, wonach sich die »Atmosphäre« im Jahr 2013 schlagartig geändert habe. Zuvor habe es genügend Zeit für die Beamten gegeben, um den jeweiligen Aufenthaltsstatus zu prüfen. 2013 sei der Druck, ablehnende Bescheide auszugeben, extrem gestiegen.

Die britische Regierung hat unterdessen Besserung versprochen. Am 23. April kündigte Innenministerin Amber Rudd an, allen bis in die 1980er Jahre aus dem Commonwealth nach Großbritannien eingewanderten Personen die Staatsbürgerschaft verleihen zu wollen.